



Jesus verjagt die Geldwechslers aus dem Tempel, frei nach dem Gemälde von Rembrandt van Rijn (1625), das Original aufbewahrt im Puschkin-Museum für bildende Künste in Moskau

Ein epochaler Umbruch bahnt sich an

Die Kontrolle über die Strasse von Hormus kann zum Ende der auf Schulden basierten Herrschaft der Finanzoligarchien aus der Londoner City und der Wallstreet führen.

Andreas Mylaeus

Mi. 18 Mär 2026

Evangelium nach Matthäus (21,12–13): Jesus ging in den Tempel hinein und trieb alle hinaus, die im Tempel kauften und verkauften, und stieß die Tische der Geldwechslers um und die Stände der Taubenverkäufer. Und er sprach zu ihnen: Es steht geschrieben: „Mein Haus soll ein Haus des Gebets heißen“; ihr aber macht eine Räuberhöhle daraus.

Einleitung

Wer sich mit der gegenwärtigen Weltlage beschäftigt, greift sich an den Kopf: Der angelsächsische „Knüppel aus dem Sack“ lässt sich schon wieder in einen Krieg hineinziehen, in dem er nur verlieren kann. In der Ukraine trifft er bereits auf einen Gegner, der ihm zeigt, wie es um seine realen Machtentfaltungsmöglichkeiten steht und jetzt reibt er sich verwundert die Augen, wie es möglich sein kann, dass die „Untermenschen“ in Persien angesichts der anrückenden Armada der USA nicht freiwillig kapitulieren und sich in die Knechtschaft begeben.

Angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse (technologischer Stand der iranischen Rüstung im Bereich von ISR und Raketentechnik, topologische und demographische Verhältnisse des Landes Iran, die Geschlossenheit und Entschlossenheit des iranischen Volkes und die tatkräftige Hilfe sehr mächtiger Kräfte wie Russland und China) haben viele rationale Militärberater USreal **gewarnt**, dass dieser in jeder Hinsicht völkerrechtswidrige Angriff auf den Iran zu gewaltigen Rückschlägen bei ihrem Plan, die Region weiter zu unterjochen, führen wird.



Die Faktenlage damals wie heute: viel Rauch und fromme Wünsche.

Man fühlt sich an Herodot erinnert, der berichtet, Kroisos (nomen est omen), der König von Lydien (ca. 595–546 v. Chr.), habe vor dem Angriff auf das Perserreich unter Kyros II die Prophezeiung des Orakels von Delphi erfragt: „Soll ich gegen das persische Reich in den Krieg ziehen?“ Die Antwort des Orakels sei gewesen: „Wenn

du den Fluss Halys überschreitest, wirst du ein großes Reich zerstören.“ Kroisos hat den zweideutigen Orakelspruch nach seinem eigenen Wunsch interpretiert. Aber im Ergebnis wurde Lydien von Persien erobert und nicht umgekehrt.



Das heutige Ergebnis könnte für den Westen bald ähnlich sein.

Warum dieser Krieg und warum jetzt?

Zu Grund und Zeitpunkt dieses Krieges USraels gegen den Iran gibt es zahlreiche Theorien. Wir wollen hier eine weitere Nuance hinzufügen.

Viele haben zutreffend klargelegt, dass die Propaganda-Begründungen für die Militärschläge gegen den Iran nicht stichhaltig sind: Weder stellt der Iran militärisch eine Gefahr für den Westen oder gar für die USA dar – seine militärische Ausrüstung ist rein defensiver Natur. Noch ist der Iran Exporteur terroristischer Angriffe auf den Westen. Soweit er die Hisbollah, Ansarallah im Jemen, irakische Milizen oder andere unterstützt, handelt es sich dabei nicht um Terroristen, sondern um Befreiungskräfte, die sich gegen die Kolonisierung ihrer Länder wehren, die vom Westen ausgeht. Die Argumentation, die USA hätten den Iran präemptiv angreifen müssen, weil bei einem erwarteten Gegenangriff des Iran gegenüber einer bevorstehenden israelischen Aggression auch amerikanische Soldaten in den Basen in der Region angegriffen werden würden, ist in sich widersprüchlich und völlig konfus. Ein israelischer Angriff auf den Iran ist nur mit

amerikanischer Erlaubnis möglich. Von Selbstverteidigung der USA kann keine Rede sein. All diese „Begründungen“ sind offensichtlich an den Haaren herbeigezogen.

Aber in dieser geostrategischen Welt geschieht nichts zufällig. Was ist also wirklich los?

Erklärungsansätze

Brian Berletic hat in seinem Blog *The New Atlas* am 12.02.2026 zu Recht darauf [hingewiesen](#), dass die Planungen für diesen Krieg schon seit Jahrzehnten vorliegen. Auch dass die USA Israel vorschicken, um ihm dann „zu Hilfe zu kommen“, wurde so geplant. Die Entscheidung, den Iran anzugreifen, sei bereits seit Jahrzehnten verankert. Sobald der Iran in den 1970er Jahren das amerikanische Marionettenregime gestürzt habe, seien die USA entschlossen, dies rückgängig zu machen. Und genau das verfolgten sie seitdem. Und genau das sei es, was die Entscheidungen der Trump-Regierung derzeit leite. Sie träfe diese nicht jetzt plötzlich neu. Diese Administration sei vielmehr zufällig das politische Gesicht der Kontinuität der Agenda zum jetzigen Zeitpunkt. Berletic bezieht sich dabei, wie auch schon bei früheren Gelegenheiten, auf die entsprechenden Strategiepapiere der amerikanischen Thinktanks. Wir haben diese Kontinuität der Agenda in unserem dreiteiligen Artikel „National Security Strategy – Verbalkosmetik und keine Richtungsänderung“ im einzelnen dargestellt ([Teil I](#), [Teil II](#), [Teil III](#)).

Am 5.3.2026 hat Wolfgang Bittner in unserem Blog auch noch einmal auf das legendäre [Interview](#) des Viersternegenerals Wesley Clark mit *Democracy Now!* von 2007 [hingewiesen](#), in dem der Iran als das siebte Land auf der Liste zu zerstörenden Länder im Mittelmeerraum verzeichnet sei. Clark sagte, es habe unmittelbar nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 einen Plan für Regimewechsel und Kriege im Nahen Osten und in Afrika gegeben. Gelistet waren neben Afghanistan sieben weitere Länder: der Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und letztlich der Iran. Die Interventionen gegen sechs dieser Länder wurden nach und nach „abgearbeitet“, nur der Iran war noch übrig geblieben, und dieser Krieg werde nach Jahren der Intrigen, Hetze und Sanktionen jetzt nachgeholt.

Diese Liste stammte von Donald Rumsfeld (bis Dezember 2006 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten unter Präsident George W. Bush) und Paul Wolfowitz (unter George H. W. Bush stellvertretender Verteidigungsminister für internationale Sicherheitspolitik – „Deputy Secretary of

Defense for Policy“; in den 1980er-Jahren war er Stabschef im Pentagon unter Verteidigungsminister Caspar Weinberger. Außerdem hatte er mehrere Positionen im Nationalen Sicherheitsrat der USA).

Der Colonel im Ruhestand der US Armee und frühere Chief of Staff State Department unter Aussenminister Colin Powell, Lawrence Wilkerson, hat im [Gespräch](#) mit Nima R. Alkhorshid (Dialogue Works) am 10.3.2026 darauf hingewiesen, dass bereits Winston Churchill ein intensiver Befürworter der zionistischen Bewegung war. Dieser sah in der Schaffung einer jüdischen Kolonie in Palästina eine Chance, britische Interessen im Nahen Osten zu entfalten und gleichzeitig die jüdische Diaspora politisch zu gewinnen. Infolge seiner engen Kontakte zu US-Politikern, insbesondere zu Präsident Harry S. Truman, war er in der Lage, das politische Klima in den USA hinsichtlich des Mandatsgebiets Palästina zu beeinflussen. Auch hier sieht Wilkerson über diesen historischen Kontext hinaus eine Kontinuität der Agenda – allerdings dieses Mal nicht nur aus den USA. Er benennt in diesem Gespräch Ross und Reiter bezüglich der eigentlichen Verursacher der gegenwärtigen Kriegstreiberei in Westasien. Es sind die „üblichen Verdächtigen“, die ein Interesse an der Destabilisierung haben: Die Kredithai-Oligarchie in London und anderswo. Und auch dort taucht immer wieder der Name Rothschild auf.

Rothschild-Geschäftsmodelle

Eigentlich lassen sie sich auf eine recht einfache Formel bringen. Schon zu allen Zeiten hatten Mächtigen-Potentaten ein Problem: Um ein Militär zur Machtentfaltung aufzustellen, haben sie produktive Teile der Bevölkerung zu unproduktiven Kriegern gemacht (oder Söldner eingekauft), die nichts zur Realwirtschaft ihres Landes beigetragen haben. Diese mussten ausgerüstet, untergebracht und ernährt werden – auf Kosten der restlichen Bevölkerung. Diese Ausrüstung, Unterbringung und Ernährung war kostspielig (Napoleon: „Eine Armee marschiert auf ihrem Magen.“). Die Steuern haben dafür nicht ausgereicht. Was tun?

Die Herren vom Rothen Schild waren gerne behilflich. Aber natürlich nicht umsonst. Zuerst nimmt sich der Wohltäter ein Disagio. Er zahlt also nur einen Teil des Nennbetrags eines Kredits aus – z.B. 90% – der Rest (10%) wird einbehalten. Der Kreditnehmer muss aber Zinsen auf den vollen Nennbetrag zahlen. Und dann stellt sich die Frage der Sicherheiten. Also verpfändet der Mächtigen-Potentat alle seine Ressourcen an den Kredithai. Weil er natürlich den Kredit nicht zurückzahlen kann (was seitens des Kredithais von Anfang an einkalkuliert war), gehören

anschliessend dem Kredithai alle Ressourcen des Landes (einschliesslich der Produktivkräfte wie die Arbeitsfähigkeit der Menschen, deren Fachkenntnisse, Ausbildung, Erfahrung und Geschicklichkeit, sowie die Organisation der Arbeit des Landes) auf alle Zeiten – und natürlich laufen die Zinsen weiter.

Nach der pro domo Familiengeschichte des seinerzeit dafür angestellten und bezahlten Historikers Niall Ferguson („Die Geschichte der Rothschilds – Propheten des Geldes“, Band I und II; englisches Original: „The House of Rothschild – Money’s Prophets – I, II“) war genau dies ursprünglich deren hauptsächliches Geschäftsmodell.

„Alle modernen Kriege sind ein Wettstreit der Geldbeutel.“

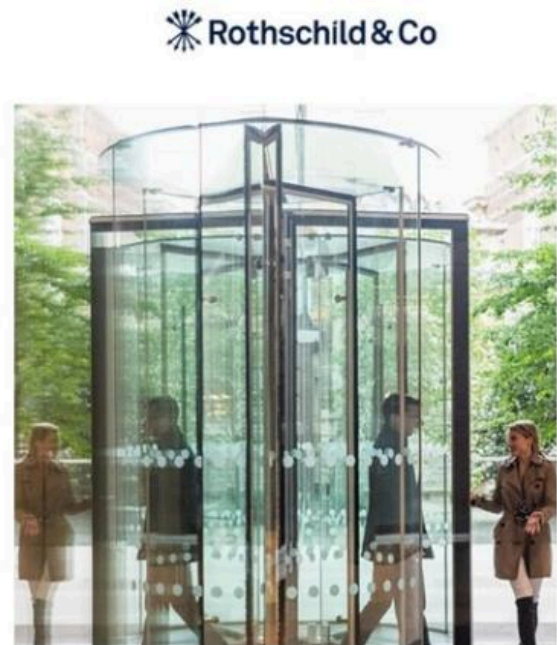
(Henry Dudas zu William Pitt am Anfang der Kriege gegen das revolutionäre Frankreich – zitiert von Niall Ferguson, Geschichte der Rothschilds, Band I, S. 109)

Ganz deutlich wird dies etwa an dem Aufstieg Nathan Rothschilds zu Anfang des 19. Jahrhunderts, wo er die wichtigste „Geldleitung“ zwischen der britischen Regierung und den Schlachtfeldern des Kontinents war, auf denen in den Jahren 1814 und 1815 das Schicksal Europas entschieden wurde (Niall Ferguson, a.a.O., S. 111 ff.).

Es lohnt, sich dieses opus magnum von Ferguson im Detail zu Gemüte zu führen – man kann darin trotz all der beschönigenden Auslassungen und Schönfärbereien (insbesondere wenn es um die heutige Zeit geht) viel Wichtiges erfahren, was die heutige Weltlage zu erklären hilft – so etwa, dass der Kreditgeber natürlich nicht unbedingt sein eigenes Geld verleihen muss. Im Gegenteil: es hilft für die Risikostreuung, wenn man das Geld anderer verleiht – es genügt, wenn man sich als Schaltstelle im „Geldmarkt“ etablieren kann. Das führt neben der wichtigen Anonymisierung („der Geldmarkt“ statt Namen und Adressen), zu zusätzlichen Profiten: Die Zinsen, die man vom Schuldner bekommt, reicht man nur zum Teil an die Endgläubiger weiter. Ausserdem kann man auch mit den Staatsanleihen aller Seiten handeln und sie günstig einkaufen und teuer weiter verkaufen.

Hilfreich ist in diesem Zusammenhang natürlich ein weltweites Informationsnetzwerk, das diejenigen der Einzelstaaten in den Schatten stellt – der „neutrale“ Kreditor, der alle Seiten bedient, erhält auch von allen Seiten die notwendigen Informationen (Diskretion ist selbstredend Bedingung). Wie dieses

private Geheimdienstwerk entstanden ist, kann man ebenfalls dem vorgenannten Werk entnehmen. Da wundert es einen dann nicht mehr, dass ein gewisser Herr Epstein mit den Geheimdiensten aller Seiten auf bestem Fusse stand, dass ein gewisser Herr Macron bei Rothschild & Co angestellt und ein gewisser Herr Merz von 2016 bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von [BlackRock Asset Management Deutschland](#) war.



Dieses nachstehende Bild sagt mehr als tausend Worte. (Im Bildungsbürgertum heisst es: „Man zeigt nicht mit einem nackten Finger auf angezogene Leute.“)



Wer sagt hier wem wie der Hase läuft? (Sir Evelyn Rothschild mit King Charles) Motto:
„Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“ (deutsche Volksweisheit)

Der ärgste Feind der globalen Kredithaie

Man sieht an der kurzen Darstellung der verzweigten Geschäftsmodelle dieser Kredithaie, dass sie ganz fundamental darauf angewiesen sind, Staaten oder deren Machthaber zu finden, die bereit sind, sich auf Dauer am „Geldmarkt“ zu verschulden – wie etwa Deutschland derzeit mit seinen sogenannten „Sondervermögen“. Wenn aber wichtige Staaten dazu übergehen, eine souveräne (d.h. auf Dauer nicht auf Schulden angewiesene) Realwirtschaft zur Versorgung seiner jeweiligen Bevölkerung zu schaffen, gräbt dies den Kreditoren das Wasser ab. Hier sehen wir also einen der wichtigsten Gründe für die Kriege sowohl in der Ukraine und jetzt auch gegen den Iran: Russland, China und der Iran sind für die Blutsauger nicht zugänglich. Also müssen sie unter die Knute gezwungen werden, bevor sich deren auf souveräne Realwirtschaft ausgerichtete Politik weltweit ausbreitet.

Ein historisches Beispiel dafür, wie dieser Machtkampf zwischen Finanzweltwirtschaft und Realwirtschaft zu Gunsten des eigenen Volkes „erfolgreich“ geführt wurde, ist die USA.

Das Beispiel USA

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Vereinigten Staaten von Amerika die mit Abstand grösste Gläubigernation der Welt. Heute sind sie dagegen die grösste Schuldernation. Die Finanz-Oligarchen können also sagen: Mission accomplished.

Dieser Wandel entstand schrittweise über mehrere wirtschaftliche und politische Entwicklungen und aufgrund entsprechender Entscheidungen der heimischen Akteure. Nach 1945 hatten die USA eine einzigartige Position: Europa und Japan waren durch den Krieg zerstört, die USA besaßen etwa die Hälfte der weltweiten Industrieproduktion, sie hielten den grössten Teil der weltweiten Goldreserven, viele Länder schuldeten ihnen Geld. Mit dem internationalen Bretton-Woods-System (1944) wurde der Dollar zur zentralen Weltwährung. Andere Währungen waren an den Dollar gebunden, und der Dollar wiederum an Gold. Damit konnten die USA internationale Kredite vergeben und finanzierten Programme wie den Marshallplan.

Ab den 1960er Jahren begannen strukturelle Veränderungen: hohe Kosten des Vietnamkriegs (bereits der Korea-Krieg spielte hier eine Rolle), grosse Sozialprogramme der Regierung von Lyndon B. Johnson. Zunehmende Auslandsinvestitionen amerikanischer Unternehmen führten dazu, dass mehr Dollar ins Ausland flossen, als durch Exporte zurückkamen.

1971 sah sich Präsident Richard Nixon aufgrund der bereits aufgelaufenen horrenden Staatsverschuldung gezwungen, die Goldbindung des Dollars zu beenden. Damit zerbrach das Bretton-Woods-System und infolge dessen wurde der Dollar eine reine Papierwährung. Die USA konnten nun wieder wesentlich leichter Defizite finanzieren. Andere Länder hielten weiterhin Dollarreserven, weil der Dollar Weltleitwährung blieb.

In den 1980er Jahren unter Präsident Ronald Reagan kam es zu grossen Steuersenkungen und stark steigenden Militärausgaben. Dadurch wuchs die Staatsverschuldung erneut stark an. Gleichzeitig verstärkte sich das dauerhafte Handelsdefizit: Die USA importierten mehr, als sie exportierten. Die Differenz wurde finanziert durch Kapitalzuflüsse aus Europa und später besonders aus Japan und China, weil diese Länder in grossen Mengen weiterhin US-Staatsanleihen kauften.

Bereits seit den 1950er Jahren begann eine später in verschiedenen Wellen (etwa in der Rezession der 1970er Jahre) zunehmende Globalisierung und Deindustrialisierung. Viel Industrieproduktion verlagerte sich ins Ausland, zuerst

nach Mexiko und dann nach China und Südostasien. Die USA wurden von einer Realwirtschaft zu einer fast ausschliesslichen Finanzwirtschaft.

Der Aufstieg des Finanzkapitals in den 1970er und besonders in den 1980er Jahren (nicht nur in den USA) bedeutete, dass Gewinne und Macht zunehmend nicht mehr aus der Produktion von Waren, sondern aus Finanztransaktionen, Kredit, Börsenhandel und Kapitalbewegungen entstanden. Begünstigt wurde dies etwa durch die politischen Entscheidungen unter Präsident Ronald Reagan, indem viele Beschränkungen für Banken und Kapitalbewegungen aufgehoben wurden (Lockerung der Bankregulierungen, Aufhebung vieler Kapitalverkehrskontrollen, Liberalisierung der Börsenmärkte. Dadurch konnte Kapital viel leichter international investiert werden. Große Finanzinstitutionen wie Goldman Sachs, JPMorgan Chase, Morgan Stanley u.a. begannen weltweit zu investieren. Institutionen wie der International Monetary Fund und die World Bank förderten weltweit Liberalisierung und Kapitalfreiheit.

Entscheidende Treiber dieser Entwicklung waren unter anderem diese beiden Herren:



Philanthropen unter sich: Lord Jacob Rothschild, vierter Baron Rothschild, und David Rockefeller in der Bibliothek im Stadthaus von David Rockefeller in New York, Mai 2012 (Foto von Annie Leibovitz)

Sie trugen massgeblich dazu bei, dass die USA ihre wirtschaftliche Souveränität verloren. Sie waren nun vollständig unter der Kontrolle der „Finanzmärkte“ – und mit ihnen der gesamte kollektive Westen, der dieses System nicht nur bereitwillig übernommen, sondern nach Kräften gefördert und ausgebaut hat, bis hin zu seiner eigenen Deindustrialisierung.

Der Dollar als Weltwährung

Trotz allem blieb der Dollar weiterhin die wichtigste Weltwährung. Viele Länder investieren noch immer – wenn auch in deutlich abnehmender Menge – ihre Exportüberschüsse in US-Staatsanleihen.

Der „Finanzmarkt“ (wer war das gleich wieder?) sorgte dafür, dass die zunehmend wertlosen Staatsanleihen gekauft wurden. Viele Banken und Finanzinstitutionen weltweit müssen oder wollen nämlich US-Staatsanleihen halten, um regulatorische Anforderungen zu erfüllen. So legt etwa das Basel-System, ein internationales Regelwerk für Banken, fest, wie viel Eigenkapital und Liquidität Banken zur Absicherung ihrer Risiken halten müssen. Das öffentlich verkündete Ziel sei es, Banken Krisen zu verhindern und das Finanzsystem stabiler zu machen.

In den Regelwerken Basel I, Basel II und Basel III werden Vermögenswerte einer Bank nach ihrem Risiko gewichtet. Für viele Staatsanleihen hoch bewerteter Staaten – insbesondere der USA – gilt Risikogewicht $\approx 0\%$. Das bedeutet, eine Bank kann große Mengen an United States Treasury Securities halten, ohne dafür zusätzliches Eigenkapital hinterlegen zu müssen. Im Gegensatz dazu müssen Banken für Unternehmens- oder Privatkredite Eigenkapital vorhalten. Deshalb sind US-Staatsanleihen für Banken regulatorisch sehr attraktiv. Wohl gemerkt: das Risikogewicht $\approx 0\%$ für solche Schuldpapiere hat keinen realwirtschaftlichen Hintergrund – im Gegenteil. Wer aufgrund fehlender Produktivität seine Schulden nicht zurückzahlen kann, müsste eigentlich als absoluter Risikoschuldner gelten. „Der Finanzmarkt“ schafft es also durch seine Regularien und seine Propaganda, eine solche Luftnummer als Realwert zu verkaufen. Nur so entsteht eine dauerhafte Nachfrage nach US-Staatsschulden.



Henry Kissinger und Prinz Fahd von Saudi Arabien am 8. Juni 1974 in Washington

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang der Petrodollar. Nachdem Saudi Arabien den USA am 8. Juni 1974 **versprochen** hatte, dass Öl in Westasien nur in Dollar gehandelt werden durfte, mussten sich alle Länder der Welt, die für ihre Energieversorgung mit Öl versorgen mussten, sich zuerst Dollar verschaffen, um Öl kaufen zu können. Damit wurde bis heute die Bonität der Schuldnation USA weitgehend gesichert.

Profiteure und Strippenzieher gleichzeitig

Welchen Sinn haben diese Staatsschulden (abgesehen davon, dass damit der Staatsapparat – will sagen, das politische Personal, das den Staat organisiert – bezahlt wird)?

Für das letzte vollständig abgeschlossene Haushaltsjahr (FY 2025) der USA lässt sich folgendes relativ gut abschätzen: Die Staatseinnahmen lagen bei etwa 5,23 Billionen US-Dollar. Die Zinszahlungen auf die Staatsschuld lagen bei etwa 970 Milliarden US-Dollar. Der Anteil der Einnahmen für den Schuldendienst (nur Zinsen – ohne Tilgung!) betrug somit rund 18–19 % der gesamten US-Staatseinnahmen. Und wer bekommt diese Gelder?

Damit sind wir wieder bei dem Geschäftsmodell, das Niall Ferguson auf etwa 1.200 Seiten der Hofbiographie der Familie Rothschild ausführlich darstellt. Und wir sind gleichzeitig auch bei der alten deutschen Volksweisheit: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“ Das Erpressungspotential seitens der Kredithaie gegenüber der politischen Klasse – jetzt oft als Epstein-Klasse bezeichnet – ist praktisch grenzenlos. Dieses wird nicht nur von Leuten wie der Casino-Magnatin Adelson genutzt, die vermutlich Präsident Trump jedenfalls teilweise mit ihrem Geld unter Druck setzen kann. Auch AIPAC & Co, die den amerikanischen Kongress steuern, machen reichlich Gebrauch davon. Letztlich betrifft dies aber auch die Staatsfinanzen insgesamt. Man muss sich nur das alljährliche Spektakel um den jeweiligen „United States federal government shutdown“ ansehen, wo erbittert um die jeweiligen Pfründe gerauft wird. Gleichzeitig ist aber auch – wie erwähnt – der gesamte westliche Banksektor davon betroffen.

Ein wirklicher Politikwechsel ist in den betroffenen Ländern kaum denkbar, solange dieses globale Erpressungssystem funktioniert.

Ein Gespenst geht um im kollektiven Westen (frei nach Marx und Engels)

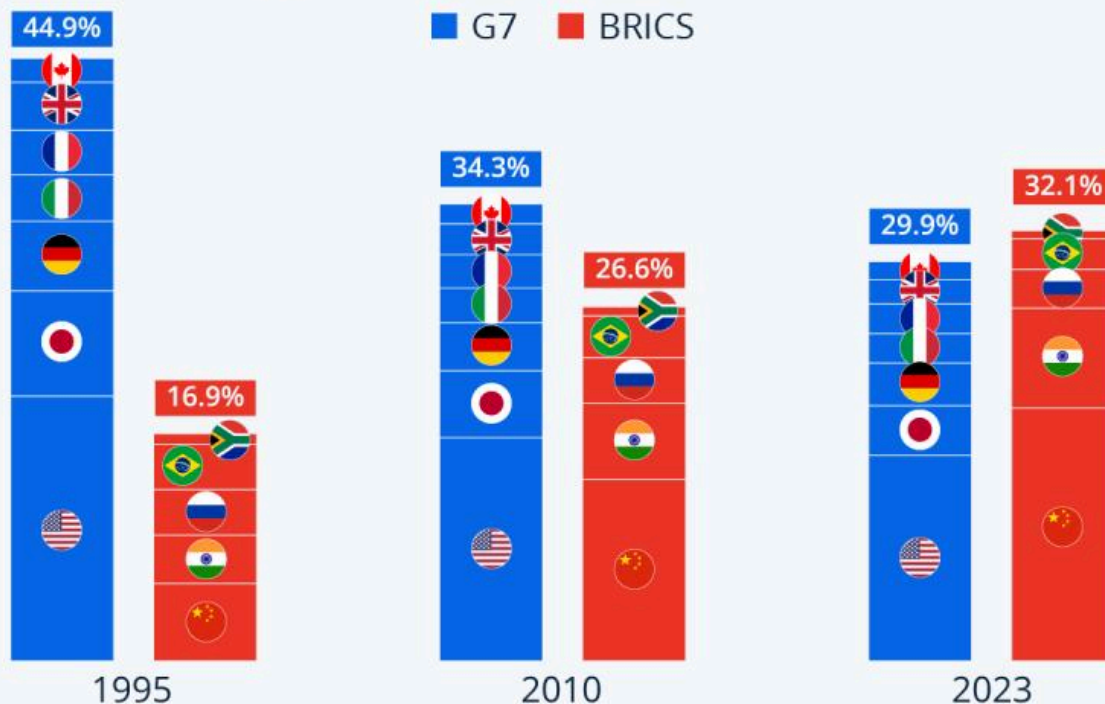
Der berühmte Anfang des *Das Kommunistische Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels lautet: „Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“ Der erste Absatz geht so weiter: „Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet: der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“

Heute heisst das Gespenst nicht Kommunismus, sondern souveräne Realwirtschaft nach dem Modell von BRICS.

Bekanntlich ist die BRICS-Gruppe ein Bündnis aufstrebender Volkswirtschaften, das eine multipolare Weltordnung anstrebt und als Gegengewicht zum westlichen System fungiert. Ursprünglich aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestehend, wurde die Gruppe zum 1. Januar 2024 erweitert und umfasst nun auch Ägypten, Äthiopien, den Iran, die Vereinigten Arabischen Emirate, sowie seit 2025 Indonesien. Sie repräsentieren über 45% der Weltbevölkerung und einen signifikanten Anteil der globalen Wirtschaftsleistung – Tendenz steigend.

The Rise of the BRICS

G7 and BRICS countries' share of global GDP at purchasing power parity



2023 data based on IMF estimates as of April 2023

Source: IMF World Economic Outlook



statista

Die Türkei hat am 3. September 2024 die BRICS-Mitgliedschaft beantragt.

Zu den weiteren Interessenten gehören: Aserbaidschan, Bangladesch, Bahrain, Burkina Faso, El Salvador, Gabun, Irak, Kamerun, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Komoren, Kuwait, Laos, Libyen, Mali, Myanmar, Nicaragua, Nordkorea, Pakistan, Palästina, Senegal, Simbabwe, Sri Lanka, Südsudan, Syrien, Tunesien, Venezuela, Zentralafrikanische Republik.

Was all diese Länder anzieht, ist das Konzept von BRICS, denn der Gedanke der nationalen Souveränität – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – ist ein zentraler Bestandteil der Selbstdarstellung der BRICS. In ihren Gipfelerklärungen wird immer wieder betont, dass Staaten ihre wirtschaftliche Entwicklung eigenständig und ohne äußeren Druck gestalten können sollen.

So heisst es etwa in der BRICS-Johannesburg-Erklärung (2023):

„Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, einschließlich der Souveränität, territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten. Wir betonen die Bedeutung einer gleichberechtigten und inklusiven internationalen Ordnung, in der alle Länder ihre eigenen Entwicklungswege entsprechend ihren nationalen Gegebenheiten verfolgen können.“

BRICS-JOHANNESBURG-ERKLÄRUNG (2023)

Ein weiterer Teil betont ausdrücklich wirtschaftliche Aspekte:

„Wir unterstützen eine offene Weltwirtschaft, die allen Ländern ermöglicht, ihre nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Transformation zu erreichen, und wir wenden uns gegen einseitige wirtschaftliche Maßnahmen, die nicht mit internationalem Recht vereinbar sind.“

BRICS-JOHANNESBURG-ERKLÄRUNG (2023)

Nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Transformation bedeuten in diesem Zusammenhang, dass die humanen und die materiellen Ressourcen eines Landes real für die Versorgung der eigenen Bevölkerung dienen und nicht als Tribute an irgendwelche Kolonialherren und Kredithaien gehen.



New Development Bank Headquarter in Shanghai

Die wirtschaftliche Souveränität setzt alternative Finanzstrukturen voraus. So dient etwa die New Development Bank dazu, Projekte ohne Weltbank oder IWF zu finanzieren. Nationale Währungen werden zunehmend mehr im Handel verwendet. Eigene Zahlungssysteme und Finanzmechanismen werden entwickelt, wie etwa das Cross-Border Interbank Payment System (CIPS) des BRICS Partners China.

Die Länder sollen die Kontrolle über ihre wirtschaftliche Entwicklung selbst ausüben und sie sollen das Recht haben, ihre Wirtschaftspolitik selbst festzulegen, eigene Industrie- und Entwicklungsstrategien zu verfolgen und ihre Rohstoffe und Märkte eigenständig zu regulieren.

Das richtet sich indirekt gegen die sogenannte Regelbasierte Ordnung des Westens, bei der die „Spielregeln“ wie etwa der [Washington Consensus](#) immer so angepasst und geändert werden, wie es den Kolonialherren passt. Regeln oder Institutionen, die als Einschränkung dieser Handlungsspielräume gesehen werden. So fordert die BRICS regelmäßig Reformen vom Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der internationalen Finanzregeln, weil die Schwellenländer dort zu wenig Einfluss auf Entscheidungen hätten, die ihre Wirtschaft betreffen. In BRICS-Dokumenten findet sich auch Kritik an Maßnahmen wie einseitigen Sanktionen, politischem Druck über Finanzsysteme und extraterritoriale Wirtschaftsgesetze. So wird die BRICS zur Stimme des Globalen Südens und zu einer Plattform für gleichberechtigte wirtschaftliche Zusammenarbeit – all dies als Gegenmodell zu einer einseitig von den westlichen Kredithaien dominierten Weltwirtschaftsordnung.

Kein Wunder, dass die bisherigen Kolonialherren diese Entwicklung wie ein aufziehendes Gespenst fürchten und alles in ihrer Macht Stehende tun, um BRICS – und vor allem deren zentrale Pfeiler Russland, China und Iran – zu schwächen oder nach Möglichkeit ganz aus dem Spiel zu nehmen, wenn sie sie schon nicht übernehmen können.

Wollte MAGA aus dem Teufelskreis aussteigen?

Kluge und sehr gut informierte Menschen wie etwa [Alex Krainer](#) haben die Theorie begründet, dass es innerhalb der Trump-Administration (und in den hinter ihr die Fäden ziehenden Kreisen) Kräfte gab und gibt, die den bevorstehenden Niedergang des bisherigen von Schuldenwirtschaft geprägten Finanzsystems sehen und versuchen, aus diesem Teufelskreis auszusteigen. Die ursprüngliche Programmatik von Donald Trumps Slogan Make America Great Again (MAGA) war stark auf eine Stärkung der Realwirtschaft ausgerichtet – zumindest in der wirtschaftspolitischen Rhetorik und in mehreren zentralen Maßnahmen der ersten

Amtszeit (2017–2021). Dabei ging es vor allem um Industrie, Produktion, Infrastruktur und Arbeitsplätze im Inland, also Bereiche der Realwirtschaft im Gegensatz zur Finanzspekulation.

Ein Kernpunkt war die Rückholung von Industrieproduktion in die USA und die Kritik an der Deindustrialisierung seit den 1980er Jahren. Es sollten Anreize für Unternehmen geschaffen werden, wieder in den USA zu produzieren. Die MAGA-Strategie stellte sich rhetorisch ausdrücklich gegen die Globalisierung der 1990er und 2000er Jahre und griff ältere amerikanische wirtschaftspolitische Traditionen wie etwa Alexander Hamiltons Industrieförderung (18. Jh.), Wirtschaftsnationalismus und Protektionismus auf.

Verwiesen wird in diesem Zusammenhang etwa auf die Rede von Donald Trump in Riad (Saudi-Arabien), die er bei einem Gipfeltreffen mit arabischen und muslimischen Staatschefs gehalten hat. Besonders bekannt ist die [Rede](#) beim Arab Islamic American Summit am 21. Mai 2017 in Riyadh. Darin kritisierte er zwar nicht direkt „Globalisierung“ als Begriff, aber die westliche Interventions- und Nation-Building-Politik, die er mit dem globalistischen Ansatz der USA seit den 1990er Jahren verband.

Am 14.02.2026 hat der amerikanische Außenminister Marco Rubio an der Münchner Sicherheitskonferenz eine [Rede](#) gehalten, in der neben unglaublich konfusem Sprüchen über die Wiedererrichtung einer neokolonialistischen Welt dort aber auch kritische Untertöne hinsichtlich der bisherigen Globalisierung enthalten waren:

„In dieser Illusion (wir würden in einer Welt ohne Grenzen leben) akzeptierten wir eine dogmatische Vorstellung von völlig freiem Handel – selbst während andere Länder ihre Märkte schützten und ihre Unternehmen subventionierten, um unsere systematisch zu unterbieten. Das führte dazu, dass Fabriken geschlossen wurden, große Teile unserer Gesellschaft deindustrialisiert wurden, Millionen Arbeitsplätze ins Ausland verlagert wurden, kritische Lieferketten in die Hände von Rivalen und Gegnern gelangten.“

(...)

„Die Deindustrialisierung war nicht unvermeidlich. Sie war eine bewusste politische Entscheidung – ein jahrzehntelanges wirtschaftliches Projekt, das unsere Nationen ihres Reichtums, ihrer Produktionsfähigkeit und ihrer Unabhängigkeit beraubt hat.“

Der Verlust unserer Kontrolle über Lieferketten war nicht das Ergebnis eines gesunden globalen Handelssystems.

Es war eine törichte und freiwillige Transformation unserer Wirtschaft, die uns abhängig gemacht hat.“

MARCO RUBIO, 14.2.2026 IN MÜNCHEN

Es ist kein Zufall, dass diese Passage der Rede in der Darstellung der westlichen Presse nicht erwähnt wird.

Die praktische Politik der ersten und der zweiten Trump-Administration hat keine merklichen Fortschritte gegenüber den vorerwähnten kritischen Entwicklungen gezeitigt. Aber es scheint doch, dass wenigstens die Redenschreiber hier zeitweise zutreffende Andeutungen gemacht haben.

Auch die russische Aussenpolitik hat mit Hilfe des sogenannten Anchorage-Prozesses eine gewisse Zeit lang versucht, diesen Teil der US-amerikanischen Finanzkreise zu ermutigen, den bisherigen Kurs zu ändern – ohne Erfolg.

Wie dem auch sei: Wenn es innerhalb der Kreise der vorbeschriebenen Finanzoligarchie einen Richtungsstreit gegeben haben sollte, scheint er jetzt angesichts des Krieges gegen den Iran definitiv entschieden.

Versuch, die Ausgangsfrage zu beantworten

Wie haben es also die Kriegstreiber im Hintergrund geschafft, die USA in diesen Krieg gegen den Iran zu treiben? Seit 911 haben es alle amerikanischen Administrationen vermieden, diesen Krieg tatsächlich loszutreten. Sie haben sich auf Propaganda und Sanktionspolitik verlegt, ab und zu Militärschläge ermutigt oder durchgeführt. Aber ein totaler Krieg wie jetzt kam nicht, obwohl Netanyahu seit Jahrzehnten davon fabuliert hat, dass der Iran „unmittelbar“ davor stehe, eine Atombombe zu bauen und damit die Welt anzuzünden.

Wurde Donald Trump erpresst (mit Epstein-Files, von seinen Grossspendern oder von AIPAC)? Dies ist kein plausibler Erklärungsversuch. Ein System wie die amerikanische Politikmaschine kann mit einem Enthauptungsschlag nicht ernsthaft in Gefahr gebracht werden. Was war mit Kennedy? Was war mit Nixon? Das System hat einfach den Führer ausgewechselt und business as usual betrieben. Wenn also Trump stürzen würde, würde die Kontinuität der Agenda dessen ungeachtet weitergeführt.

Die Erpressung muss in diesem Fall also eine deutlich andere Dimension gehabt haben. Die hier vertretene These geht davon aus, dass die massgebliche Finanzoligarchie den Abweichlern in den amerikanischen Entscheidungskreisen die Pistole auf die Brust gesetzt hat: entweder ihr führt jetzt diesen Krieg, oder wir ziehen euch den Stecker – will sagen, bei der nächsten Auktion für die amerikanischen Staatsanleihen, wird es von unserer Seite her kein Gebot geben.

Der Grund dafür dürfte sein, dass „das Gespenst“ des BRICS-Systems wächst und wächst, und der Iran dabei eine entscheidende Rolle spielt. Wenn es nämlich dem Iran mit Hilfe von China und Russland gelingt, die Energieversorgung der Welt entscheidend zu bestimmen, verlieren die Finanzhaie des Westens ihren entscheidenden Hebel. Also muss der Iran zerstört werden.

Der Zeitpunkt ist deshalb gegeben, weil Russland in der Ukraine noch kräftemässig gebunden ist und die Zeit drängt, weil China im Iran und damit in ganz Westasien immer mehr an Einfluss gewinnt.

Wenn USrael diesen Krieg nicht gewinnen kann (was von Anfang an absehbar war und jetzt deutlich abzeichnet), dann kümmert das diese Finanzhaie nicht im Geringsten. Europa hat zweimal kollektiv Selbstmord begangen, und beide Male haben sie das Gemetzel von allen Seiten finanziert. Der Tod ganzer Nationen oder Regionen ist ihnen egal – sie können schliesslich die Trümmer einsammeln, sich als Kreditgeber für den Wiederaufbau anbieten und dabei gleich auch noch die Konditionen in finanzieller und politischer Hinsicht bestimmen. Die abzeichnende Zerstörung des Staates Israel in seiner bisherigen kolonialistischen Form, die Zerstörung der amerikanischen Basen und der arabischen Vasallenstaaten wird billigend in Kauf genommen. Die erheblichen Schäden im Iran sind gewollt.

Wie wird das Ergebnis aussehen?

Niemand hat eine Glaskugel, die uns die Zukunft zeigt. Aber es zeichnet sich ab, dass die USraelische Machtentfaltung in Westasien zur Neige geht. Die Versorgung der Welt mit Öl aus dieser Region wird zukünftig vom Iran und seinen Verbündeten bestimmt werden. Bereits jetzt hat der Iran praktisch eine Zollschranke in der Strasse von Hormus errichtet, die was das Ende des Petrodollars bedeuten könnte: Nur wer in Yuan oder einer anderen BRICS Währung zahlt oder das chinesische Cross-Border Interbank Payment System (CIPS) nutzt, darf passieren.

Es macht den Anschein, dass es dem Iran gelingen könnte, das zu verwirklichen, was Jesus nach der vorzitierten Legende aus dem neuen Testament versucht hat: Die Geldwechsler definitiv aus dem Tempel zu vertreiben und damit dem alttestamentarischen bisherigen Machtapparat die Basis zu entziehen. Es wäre der Welt zu wünschen, dass dies gelingen möge, ohne dass die früheren Machthaber die Samson-Option ziehen.

ARTIKEL TAGS:

Alkhorshid, Nima R. Berletic, Brian Wilkerson, Lawrence Wolfowitz, Paul Herodot Krösus
Cyrus II. Rumsfeld, Donald China Iran Israel Russland Vereinigte Staaten Persien
Churchill, Winston Palästina Ferguson, Niall Macron, Emmanuel Merz, Friedrich
Dudas, Heinrich Pitt, William Epstein, Jeffrey Nixon, Richard Reagan, Ronald König Karl
Rothschild, Sir Evelyn Rothschild, Lord Jacob Japan Marx, Karl Kissinger, Henry
Prinz Fahd von Saudiarabien Engels, Friedrich Türkei Rubio, Marco Krainer, Alex
Kennedy, John F. Trump, Donald Analyse